

V0417/21

öffentlich



Ausschussgemeinschaft FDP/JU, Tränktorstraße 4, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 18.05.2021
Telefon (0841) 99 35 68 32
Telefax
E-Mail fdp.ju@ingolstadt.de

Digitalisierung kommunaler Verwaltungsleistungen / Ingolstadt als Modellkommune für die BürgerID

-Gemeinschaftsantrag FDP/JU vom 18.05.2021-

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ausschussgemeinschaft FDP/JU stellt zur Umsetzung kommunaler Aufgaben im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) den folgenden

Antrag:

- 1.) Die Verwaltung wird beauftragt, medienbruchfreie Schnittstellen zur BayernApp und zum BayernPortal herzustellen. Um schnell Skaleneffekte zu erzielen, möge die Stadtverwaltung dem Stadtrat die TOP 10 der am meisten frequentierten Ämter und nachgefragten Verwaltungsleistungen, die nach dem Leistungskatalog (LeiKa) des OZG in städtischer Zuständigkeit liegen, benennen und prioritär bis Mitte 2022 über BayernApp und BayernPortal anbieten.
- 2.) Der Oberbürgermeister möge beim Bundesinnenministerium den Antrag stellen, dass die Stadt Ingolstadt Modellkommune für die Einführung der BürgerID (eID) wird.

Begründung:

Zu 1: Der Freistaat Bayern schafft mit der BayernApp ein zeitgemäßes mobiles Eingangsportale zu allen (digitalen) Verwaltungsleistungen. Damit wird der Stadt Ingolstadt, wie allen anderen bayerischen Kommunen, die Entwicklung und Pflege eigener nutzerfreundlicher User-Interfaces erspart. Die Attraktivität und Inanspruchnahme der BayernApp lebt von durchgängigen digitalen *Verfahren* bei allen Verwaltungsangelegenheiten der Bürger über die Verwaltungsebenen hinweg. Dafür ist einerseits der Freistaat aufgerufen, die BayernApp mit medienbruchfreien Schnittstellen zu den Kommunen weiterzuentwickeln.

Andererseits die Stadt ihrerseits aufgerufen, alle Verwaltungsleistungen, die nach dem OZG der Kommune zugewiesen sind, mit der BayernApp und dem BayernPortal zu verknüpfen. Etwaigen Verpflichtungen durch die Novellierung des Bayerischen E-Government-Gesetzes wird so zuvorgekommen. Das beantragte Vorgehen, zunächst die dringlichsten TOP 10 in den Blick zu nehmen, folgt zudem der Vorgabe aus dem OZG, Prozesse entlang der Nutzerperspektive der Bürger zu priorisieren. Die weiteren LeiKa-Leistungen der Kommune sollen, wie im OZG vorgesehen, bis Ende 2022 digital umgesetzt sein.

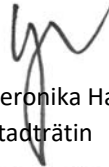
Zu 2: Mit dem Registermodernisierungsgesetz hat der Deutsche Bundestag Anfang 2021 die gesetzliche Grundlage für eine einheitliche BürgerID (eID) geschaffen, mit der künftig die einmalige Authentifizierung („Once-Only-Prinzip“) für alle Verwaltungsdienstleistungen über die Ebenen hinweg möglich werden wird. Wie beim ELSTER-Zugangsschlüssel sind höchste Datenschutzstandards gewährleistet. So können Ingolstadts Bürgerinnen und Bürger frühzeitig die Vorteile der digitalen Infrastruktur (digitales Postfach und digitale Signatur) kennenlernen und ihre Erfahrungen in die Weiterentwicklung einfließen lassen.



Jakob Schäuble
Stadtrat



Dr. Markus Meyer
Stadtrat



Veronika Hagn
Stadträtin



Karl Ettinger
Stadtrat